



**Stadtkanzlei**

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2  
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch  
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 8. November 2012

## **Das Wiler Stadtparlament genehmigt die Schaffung einer Kulturbeauftragten-Stelle**

Heute Donnerstag, 8. November 2012, hat das Wiler Stadtparlament das Kulturleitbild der Stadt Wil zur Kenntnis genommen und die Schaffung einer 60-Prozent-Stelle einer respektive eines Kulturbeauftragten genehmigt. Sodann wurden zwei Delegierte in die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Wil-Uzwil gewählt. Zudem hat das Parlament eine Motion «Tempo 30 auf allen Wiler Gemeindestrassen» nicht erheblich erklärt, während eine Motion «Solarrappen für Wil» mit geänderter Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt wurde. Eine Motion bezüglich der Strassenbeleuchtung in Wil wurde sodann vom Motionär zurückgezogen.

39 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die Sitzung entschuldigt waren Nathanael Trüb (SVP; bis 17.10 Uhr), Christoph Hürsch (CVP; bis 18.05 Uhr) und Markus Hilber (FDP; ganze Sitzung). Ebenfalls für die ganze Sitzung entschuldigt war Stadträtin Barbara Gysi (SP).

### **Allgemeine Informationen anlässlich der heutigen Sitzung**

**Parlamentspräsident Erwin Schweizer (CVP)** begrüßte zu Beginn der Sitzung die neu gewählten Parlamentsmitglieder, die am 1. Januar 2013 ihr Amt antreten werden. Er gratulierte auch den neu gewählten Mitgliedern des Stadtrats: Susanne Hartmann (CVP) und Dario Sulzer (SP), welche als amtierende Mitglieder des Stadtparlaments den Sprung in die Exekutive geschafft haben und als Stadtpräsidentin respektive als Stadtrat gewählt worden sind, sowie Daniel Meili (FDP), der als Bronschhofer im 2. Wahlgang das beste Resultat erzielt hat. Dem neuen fünfköpfigen Stadtrat aus den drei neu Gewählten sowie den beiden bisherigen, im 1. Wahlgang in ihren Ämtern bestätigten Mitgliedern, Schulratspräsidentin Marlies Angehrn und Stadtrat Marcus Zunzer, wünschte er für die kommende Legislatur 2013-2016 viel Erfolg und Befriedigung in der anspruchsvollen Tätigkeit.

### **1. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Wil-Uzwil; Wahl der Delegierten der Stadt Wil**

#### **a) Zusammenfassung**

Der Bundesgesetzgeber hat ein neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) mit höheren Qualitätsanforderungen beschlossen, welches per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. In organisatorischer Hinsicht treten anstelle der bisherigen Vormundschaftsbehörden neu interdisziplinär zusammengesetzte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) als Fachbehörden, welche die Verfahren führt und die Entscheide fällt. Gemäss kantonalem Einführungsgesetz, das eine regionale Organisation der KESB vorgibt, beteiligt sich die Stadt Wil



Seite 2

am KES-Kreis Wil-Uzwil, bestehend aus den Gemeinden Bronschhofen, Jonschwil, Niederhelfenschwil, Oberbüren, Oberuzwil, Uzwil, Wil und Zuzwil. Der Stadt Wil stehen zwei (nach der Vereinigung mit Bronschhofen drei) KESB-Sitze zu. Die Delegierten der Stadt Wil sollen einerseits aus dem Departement Soziales, Jugend und Alter (ein/e Delegierte/-r) sowie aus Fachpersonen aus Wil (ein/e Delegierte/r; nach der Gemeindevereinigung zwei Delegierte) rekrutiert werden.

**Wahlvorschläge des Stadtrates:** Der Stadtrat schlägt dem Stadtparlament Suzanne Naef Thalmann (Leiterin Soziale Dienste Wil und Departementssekretärin Soziales, Jugend und Alter) und Irma Stillhard Schmidhauser (Treuhanderin und Inhaberin der Firma Avista Treuhand, Wil) zur Wahl als Delegierte der heutigen Stadt Wil für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Wil-Uzwil vor.

**Mario Schmitt (SVP)** stellte einen Ordnungsantrag: Die beiden Delegierten seien nicht in globo, sondern einzeln zu wählen. Dieser Ordnungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt, die Wahl beider Delegierter wurde gemeinsam vorgenommen.

## b) Abstimmungen

- Der Stadtrat Wil schlägt dem Stadtparlament Suzanne Naef Thalmann und Irma Stillhard Schmidhauser zur Wahl als KESB-Delegierte vor.

*Die Wahlvorschläge des Stadtrats wurden grossmehrheitlich angenommen.*

**Parlamentspräsident Erwin Schweizer (CVP)** gratulierte den beiden neu gewählten Delegierten Suzanne Naef Thalmann und Irma Stillhard Schmidhauser zur Wahl und wünschte ihnen in ihrem neuen Amt viel Erfolg und Zufriedenheit.

## 2. Kulturleitbild der Stadt Wil

### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Mit dem Voranschlag 2008 hatte der Stadtrat dem Parlament die Schaffung einer Stelle «Kulturbeauftragte/r» beantragt. Damals folgte das Parlament einem von der Geschäftsprüfungskommission gestellten Antrag, diese Stelle nicht zu genehmigen, da Aufgabenbereich und gewünschter Wirkung zu wenig definiert seien. Empfohlen wurde, eine separate Vorlage mit einem Kulturleitbild zu unterbreiten. Nun legt der Stadtrat dem Parlament das Kulturleitbild zur Kenntnisnahme vor und beantragt die Schaffung einer 60-Prozent-Teilzeitstelle «Kulturbeauftragte/r».

**Kultur in Wil:** Das reichhaltige Kulturleben in Wil hat eine Ausstrahlung weit über die Stadtgrenzen hinaus. Dieses vielfältige kulturelle Angebot trägt viel zur Bekanntheit und Identität der Stadt bei. Wil soll weiterhin eine regionale Kulturstadt bleiben, dieses Ziel hat der Stadtrat bekräftigt. Die städtische Kulturförderung hat sich zum Ziel gesetzt, das bestehende Kulturniveau zu pflegen und nach Möglichkeit zu erhöhen, neue innovative Kulturangebote zu unterstützen und generell günstige Rahmenbedingungen für kulturelle Aktivitäten zu schaffen. Dabei wird das aktuelle Kulturschaffen in verschiedenen Bereichen berücksichtigt, indem Projekte und Veranstaltungen auf vielfältige Art und Weise unterstützt werden. Die Stadt muss als Trägerin der Kultur nicht nur reaktiv und unterstützend, sondern auch initiiierend und selber tätig werden. Damit Kultur sich entfalten kann, bedarf es einer klaren Kulturpolitik, die vom Stadtrat definiert und vertreten wird.

**Kulturleitbild:** Der Stadtrat hat in der Legislaturplanung 2009-2012 als Ziel festgehalten, die Bedürfnisse im kulturellen Bereich systematisch zu klären und das Angebot bedarfsgerecht zu entwickeln. Sich miteinander



Seite 3

zu entwickeln – auch im Bereich Kultur – erfordert, bestehenden Strukturen im Kulturbereich zu prüfen und Rahmenbedingungen festzulegen. Dies entspricht Konzeptbericht vom 10. September 2008 zur Stadtentwicklung Wil. Dort ist festgehalten: «Die Stadt Wil erarbeitet ein Kulturkonzept.»; auf kommunaler Ebene haben die meisten grossen Städte ein solches Konzept oder Leitbild.

Für die Erarbeitung eines Kulturleitbilds setzte die bestehende städtische Kulturkommission eine Projektgruppe ein, welche das Leitbild erarbeitet und zuhanden des Stadtrats verabschiedet hat. Dabei wurden unter anderem Leitsätze formuliert, an denen sich die Kulturpolitik der Stadt Wil orientieren soll:

- Die Stadt Wil bildet ein kulturelles Zentrum, welches weit in die Region ausstrahlt und die touristische Attraktivität erhöht.
- Die Stadt Wil begünstigt die Rahmenbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende.
- Die Stadt ermöglicht allen Bevölkerungsgruppen die Ausübung ihrer kulturspezifischen Traditionen.
- Das kulturelle Leben fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem es Begegnungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen initiiert.
- Kulturelle Aktivitäten fördern die Identifikation mit der Stadt.
- Stadt und Ortsgemeinde Wil verstehen und leben die Kulturpolitik als Verbundaufgabe.

In Nachachtung der vorgenannten Leitsätze wurden insgesamt 13 Handlungsfelder bestimmt. Nebst Kulturvermittlung und -förderung sind auch Handlungsfelder im Bereich der Kulturwahrung und -erhaltung aufgenommen worden. Die Handlungsfelder sind im Kulturleitbild detailliert beschrieben.

**Kulturbeauftragte/r:** Das Kulturleitbild soll ein wirkungsvolles und auf lange Sicht ausgerichtetes strategisches Führungsinstrument sein, mit welchem Entwicklungsprozesse der nächsten Jahre gezielt gesteuert werden. Mit der Festlegung der Massnahmen und deren Umsetzung wird folglich eine Vielzahl hochstehender neuer Aufgaben auf die Stadt zukommen, wofür die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen werden. Mit der Einstellung einer oder eines Kulturbeauftragten können die neuen Aufgaben abgedeckt werden. Zudem können die interne und externe Koordination, die Information und Vernetzung sowie die politische Gewichtung optimal sichergestellt werden. Die Hauptaufgaben der oder des Kulturbeauftragten sind die Leitung des Bereichs Kultur, die Umsetzung des Kulturleitbilds, die Organisation kultureller Anlässe, die Vernetzung, das Sekretariat Kultur sowie das Kulturprojektmanagement.

#### **Anträge des Stadtrats:**

1. Es sei festzustellen, dass vom Kulturleitbild der Stadt Wil Kenntnis genommen wurde.
2. Es sei für die Aufstockung des Stellenplans zur Schaffung einer Teilzeitstelle «Kulturbeauftragte/r (60 %)» ein jährlicher Betrag von Fr. 90'000.-- zu bewilligen.

#### **b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission**

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von **Dario Sulzer (SP)** hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten war dabei mit 5 zu 1 Stimmen (1 nicht stimmberechtigt) beschlossen worden. Schwerpunkte der Kommissionsberatung waren insbesondere der Inhalt des Leitbildes, das Gefäss der Kulturkonferenz, der Ablauf des ganzen Prozesses sowie die Kulturbeauftragten-Stelle.

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag 1 des Stadtrats bezüglich Kenntnisnahme des Kulturleitbildes mit 5 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu (1 nicht stimmberechtigt). Der Antrag 2 des Stadtrats auf Schaffung einer Teilzeitstelle «Kulturbeauftragte/r» wurde mit 3 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung (1 nicht stimmberechtigt) von der Kommission ebenfalls gutgeheissen.



Seite 4

### c) Eintretensdebatte

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten und wurde von **Parlamentspräsident Erwin Schweizer (CVP)** zum Beschluss erhoben.

### d) Detailberatung

Einleitend verwies **Kommissionspräsident Dario Sulzer (SP)** noch einmal auf die Bedeutung der Kultur in der und für die Stadt Wil sowie auf die regionale Ausstrahlung, die das vielfältige Kulturleben der Stadt Wil habe: Dies präge auch das Image und die Identität der Stadt. Derzeit werde die Stadt in den verschiedenen Kulturkommissionen und -vereinen von unterschiedlichsten Personen vertreten – mit einer oder einem Kulturbeauftragten könne hier eine Vereinheitlichung erreicht werden. Sodann werde diese neue Stelle benötigt, um das Kulturleitbild und die darin enthaltenen Leitsätze umzusetzen. Die Stelle hingegen war in der Kommission nicht unumstritten – sie wurde teils als unnötig beurteilt. Das Kulturleitbild an sich hingegen sei, so Dario Sulzer, in der Kommission unbestritten gewesen. Diskutiert und positiv beurteilt habe die Kommission unter anderem den Kulturbegriff im Leitbild, die Abgrenzungen respektive Verknüpfungen zu anderen städtischen Aufgaben und Konzepten, die enthaltenen Leitsätze und die Kulturkonferenz zur Vernetzung der Kulturschaffenden und als Plattform für einen Austausch. Kritisiert wurde in der Kommission indes die Tatsache, dass bei der Vernehmlassung zum Leitbild die Wiler Vereine nicht mit einbezogen worden seien.

**Sebastian Koller (GRÜNE, junge Grüne & KulturfreundInnen)** unterstrich in seinem Votum die Kultur-Affinität der Fraktion GRÜNE prowil und der Liste GRÜNE, junge Grüne & KulturfreundInnen: Man wolle – entgegen des Titels eines dieser Tage erschienenen Zeitungsartikels – die Kultur nicht in den Gegenwind stellen, sondern ihr im Gegenteil Rückenwind verschaffen. Dafür seien die zumeist ehrenamtlich tätigen Kulturschaffenden zu unterstützen, den ohne deren Einsatz wäre das kulturelle Leben der Stadt Wil in der heutigen Form nicht möglich. Mit dem Kulturleitbild sei Kulturpolitik im Sinne und im Interesse der Kulturschaffenden zu betreiben – sodass diesen daraus einen Mehrwert erhalten. Doch genau dies bezweifle die Fraktion GRÜNE prowil, zumal das Leitbild zu wenig breit abgestützt sei: Die Kulturschaffenden seien bei der Ausarbeitung gar nicht einbezogen worden, der beantragte Kulturbeauftragte daher nicht wirklich verankert und die Vernehmlassung darum «eine Farce». Dies sei ein Versäumnis des Stadtrats, der «seine Hausaufgaben nicht gemacht» habe. Aufgrund des Stellenbeschriebs entstehe bei ihm der Eindruck, dass der Kulturbeauftragte «bloss als Mädchen für alles missbraucht und die Stelle nur geschaffen werde, um die Verwaltung zu entlasten und dem Stadtpräsidenten die „lästigen“ Kulturschaffenden mit ihren Forderungen vom Hals zu schaffen», führte Sebastian Koller aus. Dennoch stelle die Fraktion keinen Rückweisungsantrag, sondern wolle dem Stadtrat die Möglichkeit geben, die aufgeführten Fehler auszumerzen. Deshalb stelle die Fraktion GRÜNE prowil einen Zusatzantrag: *«Dem Parlament sei innert zwei Jahren nach der Anstellung des/der Kulturbeauftragten ein Bericht vorzulegen, welcher a) über die Arbeitsweise und Wirkung der neu geschaffenen Stelle Auskunft gibt; b) die Ergebnisse der Bedürfnisabklärung unter den Kulturschaffenden, die daraus abgeleiteten Massnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern des Kulturleitbildes, sowie das Vorgehen zu deren Umsetzung beschreibt; c) aufzeigt, wie das Kulturwesen der Stadt Wil effizienter organisiert und koordiniert werden kann, sodass sich kulturelle Institutionen nicht gegenseitig konkurrenzieren und die eingesetzten Mittel einen möglichst grossen kulturellen Gegenwert erzeugen.»*

**Kommissionspräsident Dario Sulzer (SP)** verwies darauf, dass dieser Antrag in der Kommissionsberatung nicht eingebracht worden sei, sodass die Kommission nicht darüber abgestimmt habe.

**Mario Schmitt** hielt fest, dass die SVP-Fraktion das Kulturleitbild zur Kenntnis nehme, den Antrag auf Schaffung einer Stelle eines Kulturbeauftragten hingegen ablehne: Es sei nicht Aufgabe des heutigen «alten» Stadtparlaments, für die neue Stadt eine Stellenaufstockung zu beschliessen. Sollte sich zeigen, dass die Stelle unabdingbar sei, so könne der neue Stadtrat und das neue Stadtparlament der vereinigten Gemeinde diese Stelle immer noch schaffen. Zudem erachte die SVP-Fraktion die Bedingung eines Hochschulabschlusses im



Seite 5

Bereich Kultur als nicht zwingend für diese Stelle; in einer Stadt mit dannzumal rund 23'000 Einwohnenden sei bezüglich Kultur gesunder Menschenverstand wichtiger als ein Hochschultitel. Sodann werde mit der Stellenschaffung der administrative Aufwand im Bereich Kultur aufgeblasen – ohne konkrete Wirkung im Sinne der Kulturschaffenden.

Die FDP-Fraktion begrüsse das Kulturleitbild – es unterstreiche die Bedeutung der Kultur in der und für die Stadt Wil, führte **Mario Breu (FDP)** aus. Allerdings sei das Kulturleitbild erarbeitet worden, bevor der Verein ThurKultur gegründet worden sei. Nun stelle sich die FDP-Fraktion die Frage, ob nicht dieser Verein genau die Aufgaben übernehmen könne, welche für den Kulturbeauftragten vorgesehen seien. Zudem gebe es einen Widerspruch im Stellenbeschrieb – man suche eine Person mit Hochschulabschluss, aber im Stellenbeschrieb dieser Person seien auch Aufgaben wie die Prüfung der Beflagung oder die Sekretariatsführung enthalten.

Kultur sei Identifikation, bringe Leute zusammen – sie sei wertvoll und zu pflegen, so **Katja Hegelbach (SP)**. Dies komme im Kulturleitbild zum Ausdruck. Ohne die Stelle des Kulturbeauftragten bleibe es aber nur Druckerschwärze – es brauche Leute, die es umsetzen und mit Leben füllen.

**Ruedi Schär (CVP)** verwies darauf, das Wil ebenso eine Kultur- wie auch eine Sportstadt sei. Während es aber im Bereich Sport eine Ansprechperson in der Verwaltung gebe, so fehle eine solche klar zugewiesene Stelle im Bereich Kultur. Eine solche Stelle sei für den Kulturbereich aber sehr wichtig und wertvoll. Die CVP unterstütze daher die Anträge des Stadtrats. Eine Überprüfung der Aufgaben und der Wirkung des Kulturbeauftragten in zwei Jahren, wie sie im Zusatzantrag der GRÜNEN prowil gefordert werde, sei allenfalls sinnvoll – er sei aber überzeugt, dass der Kulturbeauftragte sicherlich mit Arbeit überhäuft werde.

Auf finanzielle Aspekte ging sodann **Erika Häusermann (gip)** ein: Die finanzielle Lage des Kantons präsentiere sich nicht überaus rosig, es sei also fraglich, wie lange noch kantonale Beiträge an Wiler Kulturvereine oder Kulturveranstaltungen fliessen. Sollten diese kantonalen Beiträge versiegen, so sei man dannzumal in Wil froh, noch eigene Gelder zu haben, mit denen man im Fall der Fälle Wiler Kulturschaffenden unterstützen könne. Die Stelle des Kulturbeauftragten zu schaffen hiesse aber, genau diese Gelder auszugeben. Sie spreche sich daher dafür aus, das Geld jetzt zu sparen und auf die Stellenschaffung zu verzichten.

**Eva Noger (GRÜNE prowil)** unterstrich die Bedeutung des Antrages ihrer Fraktion: Sie bringe mit den Abklärungen insbesondere der Bedürfnisse der Kulturschaffenden eine wichtige Grundlage für weitere Entscheide und das weitere Vorgehen. **Sebastian Koller (GRÜNE, junge Grüne & KulturfreundInnen)** passte sodann den Antrag noch an, indem er die Frist zur Berichterstattung von zwei auf drei Jahre verlängerte.

**Susanne Hartmann (CVP)** sprach sich für die Stellenschaffung aus: Kultur habe eine grosse Bedeutung für die Stadt Wil, die nicht nur eine Sport-, sondern eben auch eine lebendige und vielfältige Kulturstadt mit regionaler Ausstrahlung sei. Deshalb seien kulturelle Aktivitäten und das Engagement der Kulturschaffenden zu fördern und zu unterstützen: Es brauche dafür eine konkret zuständige Person, welche sich mit viel Herzblut für kulturelle Belange in der Stadt Wil einsetze. Daher unterstütze sie den stadträtlichen Antrag auf die Stellenschaffung. Sodann unterstützte sie auch den Antrag der Fraktion GRÜNE prowil mit der nun verlängerten Frist: Innert dieser Frist seien die geforderten Berichte sicherlich zu erstellen und würden dann wertvolle Grundlagen liefern.

Das Kulturleitbild sei eine Handlungsmaxime und Leitlinie für den Bereich Kultur in der Stadt Wil. Zudem basiere die Erarbeitung des Kulturleitbilds auf einer Anregung der Geschäftsprüfungskommission. Und schliesslich habe das Stadtparlament dem Stadtentwicklungskonzept zugestimmt, in dem die Erarbeitung eines Kulturkonzepts als Auftrag festgehalten worden sei. Nicht zuletzt diese drei Punkte, so **Stadtpräsident Bruno Gähwiler**, sprechen klar für die Kenntnisnahme des Kulturleitbildes. Sodann nannte Bruno Gähwiler verschiedene Gründe für die beantragte Stellenschaffung: erstens die hohe Zahl von 69 Wiler Vereinen, welche sich im kulturellen Bereich engagieren – für diese sei eine «kundenfreundliche Anlaufstelle in der Verwaltung zu schaffen». Zweitens die vielfältigen Anliegen, mit denen die Kulturschaffenden an die Stadt herantreten – hier gelte es, die Anfragen in einer Stelle einheitlich zusammen laufen zu lassen. Drittens die Vielfalt der Kultur-Infrastruktur in der Stadt Wil, welche jeweils mit Aufgaben verbunden seien. Viertens die Vertre-



tung in kulturbezogenen Kommissionen und Vereinen, welche wahrgenommen werden müssen und zeitintensiv seien. Und fünftens sei ein Leitbild ohne entsprechende Ressourcen zur Umsetzung kaum sinnvoll und wirkungsvoll. Bezogen auf den Antrag der Fraktion GRÜNE prowil hielt Stadtpräsident Gähwiler fest, dass die Forderung a) nach Berichterstattung über die Tätigkeit des Kulturschaffenden innert der Frist von drei Fragenden wohl ohne Probleme zu erfüllen sei. Schwieriger sei hingegen die Forderung b) nach einer vertieften Erhebung bei den Kulturschaffenden – diese Bedürfnisabklärung sei sehr anspruchsvoll und zeitintensiv. Die Forderung c), es sei aufzuzeigen, wie das Kulturwesen effizienter organisiert und koordiniert werden könne, sei kaum zu erfüllen – eine solche straffere Koordination und Organisation würde auch den Kulturschaffenden gewisse Zwänge auferlegen, was eher wenig willkommen sei. Sodann verwies Bruno Gähwiler auch auf den Stellenbeschrieb: Dieser sei als Entwurf und Richtlinie zu verstehen; die genaue Ausgestaltung oder Definition ergebe sich dann auch mit der anzustellenden Person. Notabene habe man die Stelle nun konkret nach dem System der städtischen Arbeitsplatzbewertung bewertet und sie nun etwas tiefer eingestuft als im Bericht ausgeführt. Damit bezog sich Stadtpräsident Gähwiler auch auf das Votum von Erika Häusermann (glp): Es sei ganz sicher nicht seine Art und Absicht, Gelder der Stadt einfach so auszugeben – im Gegenteil: Er habe sich stets für einen effizienten, zielgerichteten Mitteleinsatz stark gemacht.

Auch **Christine Hasler (CVP)** unterstrich in ihrem Votum die Bedeutung der Kultur für die Stadt Wil und das städtische Leben – sie nehme das Kulturleitbild zur Kenntnis und begrüsse auch die Stellenschaffung. Eine Berichterstattung, wie sie im Zusatzantrag der Fraktion GRÜNE prowil gefordert werde, könne zusätzliche Transparenz schaffen, daher unterstütze sie diesen Antrag.

**Michael Sarbach (GRÜNE, junge Grüne & KulturfreundInnen)** verwies auf die aktuelle Situation, wie er sie als Kulturschaffender erlebe: Für jede Anfrage oder für jedes Anliegen als Kulturschaffender gebe es unterschiedlichste Anlaufstellen und Ansprechpersonen – es seien viele lange Gänge zu machen, was zu einer gewissen Frustration führen könne, nicht zuletzt als ehrenamtlich Tätiger. Die Stelle eines Kulturbeauftragten zu schaffen, der als zentrale Anlaufstelle für all diese Anliegen und Fragen fungiere, bringe nicht nur eine massive Vereinfachung, sondern schaffe vor allem auch eines: Sie bringe Wertschätzung gegenüber den Kulturschaffenden und ihrem ehrenamtlichen Engagement für die Kultur und das kulturelle Leben zum Ausdruck. Darum unterstütze er den stadträtlichen Antrag.

Namens der SVP-Fraktion reichte **Mario Schmitt (SVP)** einen um ein Wort ergänzten Antrag ein, den sie dem Antrag 2 des Stadtrats gegenüber stellte: «*Es sei für die Aufstockung des Stellenplans zur Schaffung einer budgetneutralen Teilzeitstelle Kulturbeauftragte/r (60 %) ein jährlicher Betrag von Fr. 90'000.-- zu bewilligen.*» Damit werde das offenbar im Parlament breit abgestützte Anliegen der Kulturunterstützung wahrgenommen, ohne aber das Budget der Stadt Wil zu belasten. **Stadtpräsident Bruno Gähwiler** griff diese Ergänzung «budgetneutral» auf: Es sei nicht möglich, 90'000 Franken für eine neue Stelle auszugeben ohne Auswirkungen auf das Budget. Im Antrag werde zudem nicht ausgeführt, wo genau denn diese Gelder eingespart werden sollen. Bei den Beiträgen an die Kulturvereine? Dies könne wohl kaum im Sinne des Antrages sein. **Klaus Rüdiger (SVP)** verwies darauf, dass die Budgetneutralität innerhalb der städtischen Kontogruppen, welche sich auf Kultur beziehen, zu schaffen sei.

**Norbert Hodel (FDP)**, ab 2013 Präsident der Ortsgemeinde Wil, sprach sich für die Schaffung einer Stelle eines Kulturbeauftragten aus: Kultur sei ein Anliegen, das nicht nur der Stadt Wil, sondern auch der Ortsgemeinde und den Orstbürgerinnen und -bürgern sehr am Herzen liege. Die beantragte Stellenschaffung ermögliche eine gezielte Koordination kultureller Anfragen und Anliegen, zudem fördere und unterstütze sie die Kulturschaffenden in ihrer zumeist ehrenamtlich geleisteten Tätigkeit. Jetzt sei die Zeit reif, die beantragten 90'000 Franken für die neue Stelle zu bewilligen und über den eigenen Schatten zu springen. Dabei erinnerte er daran, dass das Parlament just vor Monatsfrist 58'000 Franken für die Erlangung eines Unicef-Labels gesprochen habe – nun gelte es, auch für den Kulturbereich einzustehen. Die Zusatzanträge der Fraktion GRÜNE prowil bezüglich eines Zwischenberichts begrüsse er ebenfalls: Die darin geforderte Berichterstattung schaffe zusätzliche Transparenz. Den Verweis auf den Betrag für das Unicef-Label griff **Mario Schmitt (SVP)** auf: Auch beim besagten Geschäft habe das Parlament einen namhaften Betrag gesprochen, ohne dafür einen echten Gegenwert zu erhalten.



Seite 7

In der kapitelweisen Detailberatung des Bericht und Antrages gab es keine Wortmeldungen.

#### e) Abstimmungen

- Antrag 1 des Stadtrats: «Es sei festzustellen, dass vom Kulturleitbild der Stadt Wil Kenntnis genommen wurde.»

*Parlamentspräsident Erwin Schweizer (CVP) stellte Kenntnisnahme fest.*

- Zusatzantrag der Fraktion GRÜNE prowil: «Dem Parlament sei innert drei Jahren nach der Anstellung des/der Kulturbeauftragten ein Bericht vorzulegen, welcher a) über die Arbeitsweise und Wirkung der neu geschaffenen Stelle Auskunft gibt; b) die Ergebnisse der Bedürfnisabklärung unter den Kulturschaffenden, die daraus abgeleiteten Massnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern des Kulturleitbildes, sowie das Vorgehen zu deren Umsetzung beschreibt; c) aufzeigt, wie das Kulturwesen der Stadt Wil effizienter organisiert und koordiniert werden kann, sodass sich kulturelle Institutionen nicht gegenseitig konkurrenzieren und die eingesetzten Mittel einen möglichst grossen kulturellen Gegenwert erzeugen.»

*Bei Stimmgleichheit (18 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen) oblag dem Parlamentspräsidenten Erwin Schweizer (CVP) der Stichentscheid. Er sprach sich für Annahme des Zusatzantrags der Fraktion GRÜNE prowil aus.*

- Gegenüberstellung des Antrages 2 des Stadtrats und des SVP-Antrags:

- Antrag 2 des Stadtrats: «Es sei für die Aufstockung des Stellenplans zur Schaffung einer Teilzeitstelle Kulturbeauftragte/r (60 %) ein jährlicher Betrag von Fr. 90'000.-- zu bewilligen.»
- Antrag der SVP: «Es sei für die Aufstockung des Stellenplans zur Schaffung einer budgetneutraler Teilzeitstelle Kulturbeauftragte/r (60 %) ein jährlicher Betrag von Fr. 90'000.-- zu bewilligen.»

*Bei der Gegenüberstellung obsiegte der Antrag des Stadtrats mit 24 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung über den Antrag der SVP.*

*Der obsiegende Antrag des Stadtrats bezüglich wurde sodann mehrheitlich angenommen.*

### 3. Motion Guido Wick (GRÜNE prowil): Tempo 30 auf allen Wiler Gemeindestrassen – Erheblicherklärung

#### a) Zusammenfassung der Motion

**Guido Wick (GRÜNE prowil)** hat zusammen mit fünf Mitunterzeichneten eine Motion betreffend Tempo 30 auf allen Wiler Gemeindestrassen eingereicht. 2008 habe das Stadtparlament die Einführung von Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren beschlossen. In diesem Jahr solle die letzte von zehn Zonen eingerichtet werden. Die Einführung von Tempo 30 führe zu mehr Sicherheit, dank besserer Sicht, kürzeren Bremswegen und weniger gravierenden Unfallfolgen. Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung von Tempo 30 auf allen Wiler Gemeindestrassen zu erstatten. Nach Rücksprache des Departements Bau, Umwelt und Verkehr mit Motionär Guido Wick bezieht sich die Motion auf den Perimeter des heutigen Wiler Gemeindegebiets.



## b) Antrag und Begründung des Stadtrats

*Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.*

Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) empfiehlt, dass nach dem Modell Tempo 50/30 alle Strassen einer Gemeinde in zwei Geschwindigkeitsregime eingeteilt werden: Verkehrsorientierte Strassen (vor allem Haupt- oder wichtige Sammelstrassen) werden mit Tempo 50 generell signalisiert und mit Sicherheitsmassnahmen für die langsamen Verkehrsteilnehmenden ergänzt. Siedlungsorientierte Strassen (in der Regel untergeordnete Sammelstrassen und Erschliessungsstrassen) sollen nach der Prüfung gemäss Gutachten in Tempo-30-Zonen eingebunden werden.

Bei der Ausarbeitung des Tempo-30-Konzepts für die Stadt Wil wurde in Bezug auf das Geschwindigkeitsregime zwischen Kantons- und übergeordneten Gemeindestrassen, Fussgänger- und Begegnungszonen sowie den vorzusehenden Tempo-30-Zonen unterschieden. Von einer generellen, flächendeckenden Einführung von Tempo 30 wurde aus sachlichen und rechtlichen Überlegungen bewusst abgesehen: Tempo 30 sollte dort eingeführt werden, wo die Situation dies auch erfordert, insbesondere in Wohnzonen und auf siedlungsorientierten Strassen. Nach der Umsetzung des Tempo-30-Konzepts befinden sich folgende übergeordneten (verkehrsorientierten) Gemeindestrassen ausserhalb der Tempo-30-Zonen: Glärnisch-, Hub-, Dufour-, Graben-, Matt-, Fürstenland-, Grundstrasse (Teilstück), Obere- und Untere Bahnhofstrasse.

Tempo 30 wird in der Bevölkerung der Stadt Wil unterschiedlich aufgenommen. Zum einen wird es klar begrüsst, weil die Vorteile in Bezug auf die Verkehrssicherheit erkannt werden. Andererseits zeigen grössere Bevölkerungskreise wenig Verständnis für die notwendigen provisorisch-baulichen Massnahmen. Dass die wahrnehmbaren Reaktionen sich in etwa die Waage halten, dürfte auch dafür sprechen, dass das Konzept durchaus ausgewogen ist. Die im Konzept definierten Tempo-30-Zonen haben sich auch in Bezug auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis bewährt. Die Tempo-30-Strecken sind sodann für den Stadtbusbetrieb einigermassen verträglich, insbesondere hinsichtlich Zeitverlust oder Fahrkomfort für die Benutzenden (bspw. Brems- und Ausweichmanöver bei «Parknasen»).

Aus den genannten Gründen erachtet der Stadtrat das vorgesehene und beinahe vollständig umgesetzte Tempo 30-Konzept als ausgewogen in Bezug auf Zumutbarkeit und Aufwendung finanzieller Mittel und lehnt deshalb eine Ausweitung auf weitere übergeordnete Strassen, wie sie in der Motion gefordert wird, ab.

## c) Diskussion

**Motionär Guido Wick (GRÜNE prowil)** verwies einleitend auf den Gewinn an Lebensqualität, der mit der Einführung von Tempo 30 und der damit verbundenen Reduktion insbesondere von Lärm und Verkehr einhergehe. Leider gehe der Stadtrat in seinen Ausführungen nicht darauf ein respektive zeige kein Musikgehör für die Anliegen, die im Vorstoss enthalten seien. Er bitte das Parlament um Unterstützung für die Motion, sodass die Vorteile von Tempo-30-Zonen auch in weiteren Gebieten der Stadt Wil in positivem Sinne zum Tragen kommen können. Sodann griff er Voten auf, die sich im Vorfeld der heutigen Sitzung kritisch über die Vielzahl der Vorstösse der Fraktion GRÜNE prowil geäussert hätten: Es seien in der Tat zahlreiche Vorstösse – allerdings seien alle sehr wohl notwendig und begründet. Heute sei die Positionierung der Stadt Wil als Kultur- und Sportstadt beschworen worden – die Vorstösse könnten, so Guido Wick, einen Beitrag leisten, dass die Stadt Wil auch eine Stadt sei, welche sich zur Umwelt bekenne. **Mario Schmitt (SVP)** griff dieses Votum auf: Der Wahlkampf sei nun beendet, die Fülle an Vorstössen sei nun nicht mehr angebracht. Er spreche sich daher klar gegen die Erheblicherklärung sämtlicher Vorstösse der Fraktion GRÜNE prowil aus. Bezogen auf die Motion «Tempo 30» bezweifelte er sodann die Rechtmässigkeit, da hier auch der Kanton respektive übergeordnetes kantonales Recht tangiert werde. **Silvia Ammann (SP)** liess das Wahlkampf-Argument nicht gelten: Es stimme – der Wahlkampf sei nun beendet. Plakative und pauschale Ablehnung einfacher aller Vorstösse der Fraktion GRÜNEN prowil seien damit ebenfalls nicht mehr angebracht, nun gehe es um sachbezogene Politik – und das bedeute, auch jeden Vorstoss inhaltlich ernst zu nehmen und jeweils zu prüfen respektive im Parlament zu diskutieren.



**Stadtrat Marcus Zunzer (CVP)** erwähnte noch einmal die Argumente, die der Stadtrat in der schriftlichen Begründung zu seinem Antrag auf nicht Erheblicherklärung aufgeführt hat. Sodann verwies er darauf, dass das Konzept Tempo 30 der Stadt Wil nach Ansicht des Stadtrats ausgewogen sei. Dieses Argument griff **Eva Noger (GRÜNE prowil)** auf: Dies treffe zu – und sei ein Argument dafür, das Konzept nun fortzuführen und auszudehnen.

**Guido Wick (GRÜNE prowil)** führte aus, dass mit dem Vorstoss nicht die Fortführung der verkehrsberuhigenden Massnahmen gefordert werde, wie man sie aus den heutigen Tempo-30-Zonen der Stadt Wil kenne. Man würde als Massnahme im Sinne einer Strassengestaltung eher die Verschmälerung des Strassenraums auf ein Mass bevorzugen, welches das Kreuzen zweier PWS noch erlaubt, sofern sie die Tempolimiten von 30 Stundenkilometern tatsächlich einhalten.

Von der Antwort des Stadtrats zeigte sich **Erika Häusermann (glp)** enttäuscht – sie liefere zu wenige Informationen über das weitere Vorgehen respektive über die Auswirkungen, die der Vorstoss haben könnte: Entstehen Kostenfolgen? Und inwiefern ist der Stadtbus betroffen? **Stadtrat Marcus Zunzer (CVP)** verwies darauf, dass wohl gewisse Kosten entstehen können, falls weitere verkehrsberuhigende Massnahmen nötig werden respektive bestehende Massnahmen an einen neuen Ort zu verschieben wären. Auch Auswirkungen auf den Busbetrieb liessen sich nicht ganz ausschliessen, allerdings könne beides nicht genau beziffert werden.

#### d) Abstimmung über den Antrag des Stadtrats

- Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.

*Der Antrag des Stadtrats auf Nicht-Erheblicherklärung der Motion wurde mehrheitlich angenommen.*

### 4. Motion Guido Wick (GRÜNE prowil): Solarrappen für Wil – Erheblicherklärung

#### a) Zusammenfassung der Motion

**Guido Wick (GRÜNE prowil)** hat zusammen mit fünf Mitunterzeichneten eine Motion betreffend der Einführung eines Solarrappens zur Förderung von Photovoltaikanlagen in der Stadt Wil eingereicht: Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung eines Solarrappens zu erstatten: Pro verkaufte Kilowatt-Stunde Strom soll Privat- und Gewerbekunden zusätzlich zum normalen Tarif 1 Rappen belastet werden. Zweck dieses Solarrappens sei die Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Wil. In erster Linie sollen die Mittel aus dem Solarrappen zur Übergangsfinanzierung von blockierten KEV-Projekten (Kostendeckende Einspeisevergütung) verwendet werden.

#### b) Antrag und Begründung des Stadtrats

*Die Motion sei mit dem folgenden, geänderten Wortlaut in ein Postulat umzuwandeln und als erheblich zu erklären: «Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Stadtparlament Bericht zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Wil zu erstatten.»*

Die städtischen Departemente Bau, Umwelt und Verkehr sowie Versorgung und Sicherheit erarbeiten derzeit ein kommunales Energiekonzept. Es beinhaltet nebst übergeordneten energiepolitischen Zielsetzungen auch Massnahmen zu den Bereichen Wärme und Strom. Diese enthalten konkrete, durchaus ambitionierte Zielsetzun-



gen für den Anteil erneuerbarer Stromproduktion auf dem Gebiet der Stadt Wil: Bis 2020 soll dieser drei Prozent des Stromverbrauchs betragen. Dafür muss pro Jahr das Neunfache der aktuell erstellten Fläche der Photovoltaik-Anlage auf der Primarschule Lindenhof realisiert werden; dies entspricht einem Investitionsbedarf in Anlagen von 1,8 Millionen Franken. Dieses Ziel ist aus heutiger Beurteilung nur durch eine Förderung von Photovoltaik-Anlagen mit Mitteln der öffentlichen Hand zu erreichen.

Der Stadtrat hat das Reglement über den Fonds für Energiespar- und Förderbeiträge im Mai 2012 verabschiedet. Dieser Fonds ermöglicht es, den aktuellen Rahmenbedingungen angepasste Fördermittel so einzusetzen, dass eine optimale Erreichung der energiepolitischen Zielsetzungen sichergestellt werden kann. Das Reglement soll noch 2012 dem Parlament unterbreitet werden, zurzeit wird es in der Werkkommission beraten. Die Kommission ist dabei zum Schluss gelangt, dass die Beiträge zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen vorerst unverändert übernommen werden sollen, da zurzeit eine wirksame Förderung mangels vorhandener KEV-Mittel des Bundes einen erheblichen Mitteleinsatz der Stadt Wil in der Grössenordnung der gesamten vorgesehenen jährlichen Fondseinlage bedingen könnte. Die Werkkommission hat zudem beschlossen, die Thematik separat zu behandeln und allenfalls einen Vorschlag zu unterbreiten.

Die Stromabgabe eines Solarrappens scheint ein möglicher, aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht der einzige Lösungsansatz zur zusätzlichen Förderung von Photovoltaikanlagen zu sein. Es ist daher aus Sicht des Stadtrats zielführender, die Motion (mit geändertem Wortlaut) in ein Postulat umzuwandeln und in der Folge in einem Bericht an das Parlament aufzuzeigen, wie die Zielsetzungen des Energiekonzepts in Bezug auf die Photovoltaik-Anlagen erreicht werden können.

### c) Diskussion

**Motionär Guido Wick (GRÜNE prowil)** kritisierte die Aussagen des Stadtrats, dass die Einführung eines Solarrappens die Standortattraktivität negativ beeinflusse und auch negative Auswirkungen habe auf Ansiedelungen in der Stadt Wil und auf das städtische Wachstum: Dieses Argument lasse er sicherlich nicht gelten, insbesondere wenn man bedenke, dass ein durchschnittlicher Vierpersonen-Haushalt in Wil durch den Solarrappen gerade einmal mit 45 Franken pro Jahr belastet würde. Wenn es eine Klientel gebe, die sich von diesem kleinen Betrag abschrecken lasse, dann sei das wohl kaum eine Klientel, die man sich für ein Wachstum der Stadt Wil wünsche. Erfreut zeigte sich Guido Wick hingegen über die Aussage des Stadtrats, er wolle bis 2020 den Anteil erneuerbarer Stromproduktion auf dem Gebiet der Stadt Wil auf drei Prozent des gesamten Stromverbrauchs der Stadt Wil steigern. Dies sei ein wirklich ambitioniertes Ziel, wie es auch der Stadtrat schreibe. Sodann verwies er darauf, dass die Solarrappen-Gelder in erster Linie zur Übergangsfinanzierung von blockierten KEV-Projekten (Kostendeckende Einspeisevergütung des Bundes) verwendet werden sollen.

**Stadtrat Marcus Zunzer (CVP)** begründete den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat insbesondere mit dem bereits weit gediehenen Energiereglement. Der Argumentation, dass ein Haushalt durch den Solarrappen nur marginal belastet werde, bestätigte Stadtrat Zunzer – anders sehe es hingegen beispielsweise beim Gewerbe aus, wo doch höhere Beträge auflaufen können, was dann bei einer Standortentscheidung zu einem triftigen Argument werden könne. Ein gewichtiges Argument für die Umwandlung sei sodann die Tatsache, dass man derzeit das Finanzierungsmodell des Bundes für die KEV-Beiträge nicht im Detail kenne. Es könne sein, dass dann allenfalls grössere Gelder der Stadt Wil für längere Zeit oder gar unbefristet gebunden seien, was ein Risiko für den Stadthaushalt darstelle. Dieses Argumente liess **Guido Wick (GRÜNE prowil)** nicht gelten: Derzeit dauere es im Schnitt rund vier Jahre bis zur Auszahlung beantragter KEV-Gelder des Bundes. Mit einer entsprechenden Befristung auf eben diese vier Jahre könnte der Stadtrat demnach das Risiko, dass die Vorfinanzierung schliesslich an der Stadt Wil hängen bleibe, umgehen. Sodann zeigte er auf, dass auch ein Gewerbebetrieb, der pro Jahr ein halbes Gigawatt Strom beziehe und damit zu den grösseren Betrieben gehöre, mit lediglich 5000 Franken pro Jahr belastet werde durch den Solarrappen. Ein Betrieb, der sich auf den Standpunkt stelle, er könne mit dieser verhältnismässig kleinen Auflage nicht mehr rentabel arbeiten und lasse sich daher nicht in Wil nieder, sei sowieso keine erstrebenswerte Ansiedelung für die Stadt Wil. Er halte demnach an der Motion fest und spreche sich gegen den stadträtlichen Antrag auf Umwandlung in ein Postulat aus.



#### d) Abstimmung über den Antrag des Stadtrats:

- Gegenüberstellung des Motionstextes und des stadträtlichen Antrags:
  - Text Motion GRÜNE prowil: Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung eines Solarrappens zu erstatten. Zweck des Solarrappens sei die Förderung von Photovoltaikanlagen in der Stadt Wil. In erster Linie sollen die Mittel aus dem Solarrappen zur Übergangsfinanzierung von blockierten KEV-Projekten verwendet werden.
  - Antrag des Stadtrats: Die Motion sei mit dem folgenden, geänderten Wortlaut in ein Postulat umzuwandeln: «Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Stadtparlament Bericht zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Wil zu erstatten.»

*In der Gegenüberstellung obsiegte der Antrag des Stadtrats mit 17 zu 16 Stimmen über den Motionstext. Der obsiegende Antrag des Stadtrats wurde sodann grossmehrheitlich als erheblich erklärt.*

### 5. Motion Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil): Strassenbeleuchtung in Wil – Erheblicherklärung

#### a) Zusammenfassung der Motion

**Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil)** hat zusammen mit fünf Mitunterzeichneten eine Motion mit der Überschrift «Reduktion Energieverbrauch für die Strassenbeleuchtung in Wil» eingereicht. Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Reduktion des Energieverbrauchs der Strassenbeleuchtung zu unterbreiten. Massnahmen zur Stromverbrauchsreduktion, die anderweitige, neue Umweltbelastungen auslösen, sollen dabei unterlassen werden.

#### b) Antrag und Begründung des Stadtrats

*Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.*

**LED-Leuchten:** Die Stadt Wil erneuerte 1990 respektive 2007 die Strassenbeleuchtung mit modernen Natriumhochdruckleuchten mit Reflektoren für die optimale Ausleuchtung der Verkehrswege. Dannzumal war ein Wechsel auf die neue LED-Technik aus Kostengründen und infolge des Umstands, dass die LED-Leuchten erst am Anfang ihrer Entwicklung standen, nicht angezeigt. In den vergangenen Jahren hat sich die LED-Technik stark verändert und weiterentwickelt, sodass heute, im Vergleich zu den herkömmlichen Leuchten, LED-Leuchten mit tieferer Leistung eingesetzt werden können. Diese neue LED-Lichttechnik bringt dabei allerdings keine wesentliche Verbesserung bezüglich Lichtverschmutzung.

Mit den in der Stadt Wil an gewissen Orten versuchsweise bereits montierten LED-Leuchten konnten allgemein positive Erfahrungen gesammelt werden. Der Stadtrat ist daher der Ansicht, dass bei künftigen Neubauten von Erschliessungsanlagen sowie bei der Sanierung von ganzen Strassenzügen LED-Technik einzusetzen ist. Der kontinuierliche, etappierte Ersatz vorhandener Natriumhochdruckleuchten ist zukunftsgerichtet und auch wirtschaftlich sinnvoll. Würde die Stadt Wil heute alle gut 2000 Natriumhochdruckleuchten umrüsten, ergäbe dies einen finanziellen Aufwand von rund 4 Millionen Franken. Dabei wäre eine Stromeinsparung von rund 15 bis 20 Prozent möglich, was die jährlichen Stromkosten um ca. 30'000 bis 40'000 Franken senken würde. Die theoretische Amortisationszeit würde somit ca. 100 bis 135 Jahre betragen – Abbruch- und Ent-



sorgungsaufwand der heutigen Strassenbeleuchtung noch nicht eingerechnet. Ein frühzeitiger Ersatz der vorhandenen, durchaus effizienten Natriumhochdruckleuchten würde zudem die Gesamtenergiebilanz nicht angemessen berücksichtigen

**Nachtabsenkung:** Der Stadtrat hält sodann am eingeschlagenen Weg der Leistungsreduktion zwischen 00.30 bis 05.30 Uhr (Nachtabsenkung) fest. Im Rahmen der jährlichen Sanierungsmassnahmen und beim Neubau von Beleuchtungsanlagen werden kontinuierlich die technischen Voraussetzungen erstellt und der Anteil an Leuchten mit Nachtabsenkung ausgebaut. Der Einsatz von Beleuchtungen mit Bewegungsmeldern, wie es im Vorstoss angeregt wird, sieht der Stadtrat nicht als sinnvoll an, da er nur auf wenig frequentierten Fuss- und Radwegen praktikabel ist. Die Steuerung der Leuchten funktioniert über Bewegungsmelder in den einzelnen Leuchten, welche ein Funksignal an die nächsten ein bis zwei Lampen weitergeben, damit Zufussgehende oder Radfahrende eine längere beleuchtete Wegstrecke vor sich sehen. Der Einsatz von Bewegungsmeldern ist pro Lampe mit Materialkosten von ca. 1'000 Franken verbunden.

### c) Diskussion

**Motionär Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil)** verwies darauf, dass es nicht Ziel des Vorstosses sei, die Strassenbeleuchtung auf LED umzustellen – er gehe mit der Antwort des Stadtrats einig, dass der Einsatz von Natriumhochdrucklampen bereits effizient sei und der sukzessive Wechsel hin zu LED sinnvoll sei. Es gehe mit dem Vorstoss vielmehr darum, dass der Stadtrat aufzeige, wie er den Stromverbrauch der Strassenbeleuchtung grundsätzlich zu senken gedenke. Zusätzliches Sparpotenzial sehe er selber beispielsweise darin, die Nachtabsenkung wochentags eine Stunde früher vorzunehmen, also bereits um 23.30 statt erst um 00.30 Uhr.

**Stadtrat Marcus Zunzer (CVP)** zeigte auf, dass die Nachtabsenkung aus technischen Gründen derzeit bei rund einem Drittel der bestehenden Strassenleuchten möglich sei; mit der kontinuierlichen Erneuerung von Lampen werden die entsprechenden zusätzlichen Installationen vorgenommen, sodass diese Nachtabsenkung flächenmässig ausgeweitet werden könne. Die Umstellung auf LED-Leuchten erfolge ebenfalls im Zuge der kontinuierlichen Erneuerung der Strassenlampen, wie sie auch vom Motionär begrüsst werde. Da demnach im Grundanliegen Einigkeit herrsche, sei eine Motion nicht mehr nötig.

Dieser Argumentation folgte **Motionär Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil)** und zog den Vorstoss zurück, womit das Geschäft erledigt ist und eine Abstimmung über Erheblicherklärung hinfällig wird.



## Weitere Traktanden

Da die ordentliche Sitzungszeit abgelaufen war, wurden die weiteren fünf traktandierten Geschäfte nicht mehr behandelt, sondern auf eine spätere Sitzung verschoben:

- Motion Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil): Separate Kunststoffsammlung - Erheblicherklärung
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen): Für einen zeitgemässen Immissionsschutz - Erheblicherklärung
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen): Abstimmung der Nutzungsinteressen im öffentlichen Raum - Erheblicherklärung
- Postulat Mario Breu (FDP): Strategie TBW - Erheblicherklärung
- Interpellation Luc Kauf (GRÜNE prowil): Leistungsanpassungen innerhalb der vereinigten Stadt

## Kommissionsbestellung

Die Vorberatung des Geschäfts «**Kanalisation Rebhof-/Ulrich-Hilberweg / Neubau**» wurde der Bau- und Verkehrskommission (BVK) zugewiesen. Der BVK gehören unter dem Präsidium von Luc Kauf (GRÜNE prowil) als Mitglieder Marc Bachmann (FDP), Ruth Frick-Ber (CVP), Reto Gehrig (CVP), Katja Hegelbach (SP), Markus Hilber (FDP) und Daniel Zäch (SVP) an.

## Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurde folgender parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- **Norbert Hodel (FDP):** Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen

## Schluss der Sitzung

Parlamentspräsident Erwin Schweizer (CVP) schloss die heutige Sitzung um 20.05 Uhr.